Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

		DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk lirası	1.50	R.M. 5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„ 13.—
Alti aylık	„ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„ 50.—

yahut mükabili.

İdarehane
Tekke Cadesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: Beyoglu 209 ve 210.
Posta Kutusu: Galata 269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:
Tekke-Strasse Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernspr.: Beyoglu 209 u. 210.
Postfach: Galata 269.

5. Jahrgang Nr. 260 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Sonntag, 21. Sept. 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Aus der türkischen Presse.

Unter dem Titel, „Es lebe die Freiheit", schreibt Falih Rifki in *Milliyet*, daß dieser Ruf oft zu einem Werkzeug dunkler Existenzen werde. Der Artikel schließt mit den Worten: „In diesem Lande herrscht die Freiheit, die Republik und die Demokratie. Für diejenigen, die Bedürfnis nach Opposition fühlen, sind sämxliche Möglichkeiten gegeben. Aber es gibt auch gleichzeitig die Regierung einer republikanischen Partei und einen Präsidenten, die gelernt haben, für die ihnen entgegentretenden Strömungen die richtige Diagnose zu stellen."

In dem von M. Nermi-Dresden unterzeichneten Leitartikel der *Dchumhuriyet* wird erwähnt, daß der Begriff einer politischen Partei in der Türkei wahrscheinlich falsch verstanden werde. Eine Partei stelle nicht nur eine Kontrollorganisation der Geschäfte der Regierung dar, und mit Worten wie „Kontrolle und Kritik" könne niemals ein Parteiprogramm abgetan werden.

In seinem Leitartikel im *Inkilap* versucht Jakup Kadri die Worte Fethi Bejs zu decken, der gesagt habe, daß er freiheitsliebend sei. Dies genüge nicht, fährt er fort, denn die Kunst dabei sei, auch frei zu sein. Die heutige Türkei sei so frei, selbständig und stark, wie niemals bisher in ihrer Geschichte.

In *Vakit* schreibt Asim Bej, daß seit dem Auftreten der liberalen Partei überall im Lande Elemente am Werke seien, welche versuchen, die reine Luft des Landes zu trüben. Die Presseveröffentlichungen gegen die Walis von Brussa und Balikessir seien auch ein Werk dieser Leute, und die Verfolgung solcher Aufwiegler und Unruhestifter sei notwendig.

In ihrem Leitartikel schreibt *Politika*, ob es nicht von der Richtigkeit der wirtschaftlichen Regierungsmaßnahmen zeuge, daß die Regierung heute daran arbeiten müsse, den Stand des englischen Pfunds, das noch vor Kurzem die Neigung zeigte, ins Unermeßliche zu klettern, auf seinem heutigen Niveau zu halten, damit es nicht durch einen plötzlichen Sturz die Wirtschaft schädige. Der Aufsatz schließt mit der Frage ob dies kein Zeugnis eines wirtschaftlichen Aufstiegs sei.

In *Son Posta* schreibt M. Zekeriya, daß die von dem Justizminister Mahmut Essat Bej in der letzten Zeit gehaltenen verschiedenen Reden wegen ihres widersprechenden Inhalts eine Berühmtheit erlangt hätten. Der Justizminister einer Republik könne nicht davon sprechen, daß unter den türkischen Bürgern Unterschiede zu suchen seien. Wenn ein Justizminister dennoch derartiges sage, dann könne er seinen Posten nicht weiter behalten, oder aber, es würde die Demokratie aufhören, zu existieren.

In *Yarin* meint Arif Orutsch, daß genau so wie die Regierung auch die Regierungspresse die Rechnungsseite der Eisenbahnpolitik in Vergessenheit geraten lasse. Man wolle die Rede des Führers der liberalen Partei so auslegen, als ob Fethi Bej an der Eisenbahnpolitik nichts auszusetzen und sich den Grundsätzen nach mit derselben einverstanden erklärt hätte.

Kabinettsänderung?

Wie der „Wakit" erfährt, werden für einen möglicherweise bevorstehenden Ministerwechsel folgende Namen als Anwärter auf Ministerposten genannt: Wasif Bej, Abgeordneter von Smyrna, Jussuf Kemal Bej, von Sinope, Sikiai Bej, von Diarbekir und Mustafa Scherif von Burdur.

Fewsi Pascha.

Der Generalstabschef Fewsi Pascha setzte von Siwas aus seine Inspektionsreise durch die Ostwilajets fort. Der Generalstabschef wird heute in Erserum, zur Inspektion des IX. Armeekorps eintreffen. Die Vorbereitungen der Stadt zum Empfang des hohen Gastes sind beendet.

Versetzung des Walis von Smyrna?

Aus Smyrna wird berichtet, daß der Wali Kiasim Pascha, wegen der vor Kurzem sich ereigneten Zwischenfällen, versetzt werden soll. Auch der Polizeipräsident Oemer Bej soll versetzt und zum Wali von Tokat ernannt werden.

Der Staatspräsident in Ankara.

Ankara, 20. Sept. (A.A.)

Der Staatspräsident ist heute um 11.15 Uhr hier eingetroffen. Am Bahnhof hatte eine Kompagnie Infanterie und eine Abteilung Gendarmerie Aufstellung genommen. Der Wali von Ankara Nefsad Bej und der Inspekteur der Volkspartei Ali Nasmi Bej waren dem Staatspräsidenten bis zur Wilajetsgrenze im Auto entgegen gefahren. Zum Empfang am Bahnhof hatten sich der Ministerpräsident, die in Ankara weilenden Minister, fast alle Abgeordnete, höhere Beamte der Ministerien und eine große Zahl anderer Persönlichkeiten eingefunden. Beim Verlassen des Zuges intonierte die Militärkapelle den Freiheitsmarsch. Der Polizeikordon wurde von der andrängenden Menschenmenge durchbrochen, die den Staatspräsidenten stürmisch begrüßte.

Der Staatspräsident begab sich dann im Auto nach Tschankaja zu dem Hause des Abgeordneten von Marasch Midhat Bej. Die Residenz des Staatspräsidenten ist wegen der Umbauarbeiten im Augenblick nicht bewohnbar.

Tewfik Rüschdi Bej nach Rußland abgereist.

Der Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej, ist gestern nachmittag mit dem russischen Torpedoboot „Tschitscherin" in Begleitung des russischen Botschafters, Suritsch, nach Odessa abgereist.

Den Aussenminister begleiteten an Bord des Torpedoboots, der Wali von Stambul, Muhiddin Bej, der Korpskommandant Schükrü Nail Pascha, der türkische Gesandte in Wien, Hamdi Bej, hohe Beamte der russischen Botschaft und zahlreiche prominente Persönlichkeiten. In Begleitung des Aussenminister befindet sich noch der Kabinettchef im Aussenministerium, Nuri Bej, und der Direktor im gleichen Ministerium, Kemal Asis Bej und der Abgeordnete von Bolu, Falich Rifki Bej.

In Odessa wird der Aussenminister von einer Abordnung des russischen Aussenkommissariats und dem türkischen Botschafter in Moskau, Hüsein Ragib Bej, empfangen werden. Von Odessa aus wird Tewfik Rüschdi Bej direkt nach Moskau reisen. Ein Besuch Leningrads ist beabsichtigt. Die Rückreise nach Stambul wird den Aussenminister wahrscheinlich über Batum führen.

Der französische Botschafter Graf de Chambrun hat gestern dem Außenminister im Hotel Tokatlian einen Besuch abgestattet.

Während der Abwesenheit des Außenministers wird der Innenminister, Saradschoglu Schükri Bej die Geschäfte des Außenministeriums interimistisch leiten.

Der Justizminister.

Der Justizminister Mahmud Essat Bej ist von seinem Landgut nach Smyrna abgereist und wird sich heute von Smyrna nach Ankara begeben.

G. N. V.

Wie der „Askscham" zu berichten weiß, wird die Kammer nach Beendigung der Tagesordnung für die außerordentliche Sitzung nicht wieder auseinandergehen, sondern bis zum Ende der kommenden Sitzungsperiode weiter tagen.

Amanullah in Bukarest.

Der frühere König von Afghanistan, Amanullah Chan, ist inkognito in Begleitung seiner Gattin und seiner Tochter in Bukarest eingetroffen. Nach seinem Eintreffen legte der Ex-König am Grabe des unbekannten Soldaten einen Kranz nieder.

Eine Sozialdemokratische Partei.

Dr. Hassan Risa Bez, der bereits zur Waffenstillstandszeit eine Sozialdemokratische Partei gebildet hatte, hat in einer Eingabe an das Ministerium um die Ermächtigung gebeten, seine politische Tätigkeit im Verein mit seinen Freunden wieder aufzunehmen.

Curtius spricht.

Die Rede des Reichsaussenministers vor dem Völkerbund

Genf, 17. September.

In der gestrigen Generaldebatte der Vollversammlung des Völkerbundes war Reichsaussenminister Dr. Curtius der erste Redner. Seine in deutscher Sprache gehaltene Rede wurde in allen Völkerbundkreisen mit grosser Spannung erwartet, da man im Hinblick auf den Ausgang der deutschen Wahlen seinen Ausführungen die grösste Bedeutung beimass.

Dr. Curtius dankte zunächst allen Rednern für die herzlichen Worte, die sie dem Andenken Dr. Gustav Stresemanns gewidmet hatten. Das gesamte deutsche Volk, fuhr er sodann fort, hat Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit grossen Hoffnungen begleitet. Die internationale Entwicklung hat aber seitdem manche Enttäuschungen gebracht. Dennoch ist die Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbunde positiv geblieben.

Dr. Curtius kam in diesem Zusammenhang sodann auf die Abrüstungsfrage zu sprechen. Den Anregungen, die die deutsche Delegation seit vier Jahren im Bunde gemacht hat, fuhr er fort, sind keine entscheidenden Taten gefolgt. Die meisten Regierungen sind mit der Erfüllung ihrer Pflicht zur Abrüstung seit Jahren im Rückstande. Deutschland betrachtet es als eine Selbstverständlichkeit, dass die Abrüstungskonferenz im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt.

Ein zweites Problem, dem die deutsche Regierung die grösste Bedeutung beimisst, ist die Minderheitenfrage. Ich halte es für notwendig, betonte Dr. Curtius, dass die Bundesversammlung nicht einfach die Weiterentwicklung abwartet, sondern dass sie sich fortlaufend mit ihr in der Praxis beschäftigt. Nur so wird es möglich sein, festzustellen, ob der Zustand sichergestellt ist, der das Ziel der vom Völkerbunde übernommenen Garantie sein muss.

Reichsaussenminister Dr. Curtius ging sodann auf den paneuropäischen Gedanken ein und sagte u. a.: Kein Land betrachtet mit grösserer Sorge die gegenwärtige Lage als Deutschland. Kein Land hat ein lebhafteres Interesse an einem Ausgleich der Spannungen, kein Land kann dringender weitestgehenden Zusammenschluss aller Länder Europas wünschen als Deutschland. Nach Jahren schwerster Opfer befindet sich Deutschland heute in einer Situation, die Anlass zu ernstesten Befürchtungen gibt. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn es schon früher zu einem internationalen Zusammenschluss gekommen wäre. Das gesamte Paneuropa-Problem muss eine Lösung finden, an der sich alle Staaten beteiligen können. Ueberall, mit wenigen Ausnahmen, breiten sich ständig Krisen aus. Es mag sein, dass es sich einmal nur um eine zeitweilige Depression handelt, die Not ist aber so gross, dass alle Kräfte zu ihrer Ueberwindung eingesetzt werden müssen. Deutschland ist von der Krise am härtesten betroffen, da seine gesamte Wirtschaft durch die Reparationszahlungen ausserordentlich belastet ist. Keine Regierung kann heute Schlüsse ziehen, wenn die Getreidepreise im Laufe von anderthalb Jahren um 40 bis 50 Prozent sinken.

Man müsse jetzt nach besseren Wirtschaftsformen suchen. Der Gedanke einer europäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete sei daher zur rechten Zeit gekommen. Deutschland sei bereit, dabei mitzuarbeiten, die deutsche Regierung behalte sich vor, die Frage des Kapitalverkehrs aufzuwerfen. Es sei völlig unwirtschaftlich, wenn in einigen Ländern Ueberfluss an Geld bestehe, während in anderen Ländern ungeheure hohe Zinsen gezahlt werden müssen. Die deutsche Abordnung begrüsse den Vorschlag des Bundeskanzlers Schober, sich zunächst regional zu verständigen. Die eigentlichen Schwierigkeiten bei der Schaffung einer besseren und einheitlicheren Wirtschaftsordnung beginnen erst, wenn man daran gehe, das „Wie" hierfür zu finden. Es könne sich dabei nicht darum handeln, Zollpositionen zu lösen, oder sich kleinere Vorteile für kurze Zeit zu sichern, sondern nur darum, einen langen Abschnitt der europäischen Wirtschaftsgeschichte abzuschliessen, der durch den Kampf aller gegen alle gekennzeichnet ist.

Die Rede des deutschen Reichsaussenministers wurde auf allen Seiten des Saales mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Eine Beschwerde an den Abgeordneten von Kars.

Der Abgeordnete von Kars, Agaoglu Ahmet Bej, hat von Wählern und Wahlmännern seines Wahlbezirkes ein Telegramm erhalten, das folgende Sätze enthält:

„Wir wissen, daß wir uns in Ihre Ueberzeugungen nicht einzumischen haben, weil Sie als einer der Ersten in die Liberale Partei eingetreten sind. Wir bringen dieser Ueberzeugung im Gegenteil Achtung und Verständnis entgegen. Wir kennen Sie, der Sie lange Jahre in der Türkei unter dem Namen Agajeff bekannt waren, der erst später in Agaoglu Ahmet umgeändert wurde, seit dem Kongreß von Baku. Wir haben Sie als Kandidaten unserer Partei gewählt, die das Land gerettet hat. Dies geschah unter gewissen Bedingungen. Sie haben sich dann von den Zielen unserer Partei getrennt und sich Auffassungen ohne Hintergrund und Logik zu Eigen gemacht. Wir müssen Ihnen also unterbreiten, daß die stillschweigenden Vereinbarungen zwischen uns deshalb aus moralischen und rechtlichen Gründen gelöst werden müßten. Wir hoffen infolgedessen, daß der Verfasser des Werkes „Im Lande der freien Menschen" den Grundsätzen eines Volkes der Freiheit und der Größe auch hier Geltung verschaffen wird."

Dts Tabakabkommen.

In Ankara werden die Handelsvertragsverhandlungen mit Griechenland fortgesetzt. Die griechische Delegation warf unter anderem die Frage des Tabakabkommens auf. Die Regierung behielt sich die Antwort der Frage vor, da sie erst das Gutachten der Handelskammer Stambul über diese Frage abwarten wolle. Der Tabaksachverständige der Stambuler Handelskammer ist gestern nach Ankara abgereist.

Die Kroaten in Genf.

Genf, 20. Sept.

Als Vertreter der in Deutschland und Oesterreich lebenden Kroaten und der in Südamerika lebenden Kroaten haben Dr. Pawlewitsch und Wojewa dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Memorandum überreicht, in dem gegen die serbischen Unterdrückungsmethoden protestiert und die Errichtung eines selbstständigen kroatischen Staates verlangt wird.

Die chinesischen Wirren.

Peking, 20. Sept. (A.A.)

Ein unerwartetes Ereignis ist heute eingetreten. Die Armee von Mukden marschiert auf Tientsin. Die Eisenbahnverbindungen mit Sibirien sind unterbrochen.

Nachrichten zufolge hat man in nationalistischen Kreisen erwartet, daß die mandschurischen Streitkräfte Peking und Tientsin besetzen werden ohne auf Widerstand durch Teile der Armee von Schangsi zu treffen, welche sich planmäßig friedlich zurückziehen werden.

Tiefstand des Weizenpreises in Kanada.

Winnipeg, 20. Sept. (A.A.)

Der Weizenpreis zeigte gestern einen Stand, wie er seit dem Jahre 1906 nicht mehr verzeichnet wurde. Unter den Farmern herrscht große Verzweiflung. Infolge der kritischen Lage im Westen von Kanada wurde ein Abänderungsvorschlag des neuen Zollgesetzes im Parlament eingebracht.

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50.25 Piaster.

Aus Deutschland.

Brüning verhandelt.

Berlin, 19. Sept.

Der Kanzler empfing den Führer der deutschen Volkspartei Scholz und wird bis auf Weiteres und entgegen den ursprünglichen Plänen Berlin nicht verlassen. Nach Scholz wird Brüning auch die Führer der anderen Fraktionen empfangen, wobei jedoch, wie ausdrücklich betont wird, *keinerlei Koalitionsverhandlungen* geführt werden. Im Zusammenschluß hieran laufen vielerlei Gerüchte um über Fraktionsbindungen und *Parteiumgestaltungen* zwecks Vereinfachung des parlamentarischen Betriebs. Auf dem rechten Flügel haben angeblich zwischen *Hugenberg und Hitler* Verhandlungen über den *völligen Zusammenschluß* beider Fraktionen bereits begonnen. Die von Deutschnationalen abgesplitterten Gruppen, wie Landvolk und Christl. Nationale sollen mit *Einschluß der Wirtschaftspartei* ebenfalls große Fraktionen bilden wollen. Schließlich sollen zwischen *Volks- und Staatspartei* Verhandlungen im Gange sein. Alle diese Dinge sind noch im Fluß und dürften kaum noch vor Zusammentritt des Reichstages perfekt werden. Auch die Stellung und Pläne der Nationalsozialisten sind völlig ungewiß. In einer in München gehaltenen Rede nahm *Hitler zu keinen Problemen Stellung.* Er erklärte nur, daß die Partei nach dem Siege den Helm fester binden müsse und bezeichnete den nationalsozialistischen Wahlerfolg als den Anfang zur *Fortsetzung des Kampfes zur Erlangung der Macht im Staat auf legalem Weg der Verfassung.* Die Nationalsozialisten sind Revolutionäre, aber nicht im Sinne eines Putsches oder einer Revolution, sondern Revolutionäre des Geistes.

Berlin, 19. Sept.

Die Blätter geben in großer Aufmachung die Newyorker Pressestimmen zu dem Wahlausgang wieder, voran den Kommentar *Hearst* im New-York-American, welcher ausführt, daß die Wahlen selbst für Halbblinde die bolschewistische Gefahr für Deutschland aufgedeckt haben. *Der Versailler Vertrag sei dumm und brutal, sauge die deutsche Industrie aus* und verhindere die deutsche Prosperität durch Wegnahme von hunderten von Golddollarmillionen jährlich. Weiter bedeute der Vertrag für jeden Deutschen lange Stunden harter Arbeit und sei eine Entmutigung für die Nation und das einzelne Individuum.

Die Nichtgewählten.

Berlin, 17. September.

Die Ergebnisse der Reichstagswahl, bedeuten für manche der sehr bekannten Kandidaten eine unliebsame Ueberraschung. Eine ganze Anzahl von bisher sehr rührigen und oft genannten Abgeordneten wird im neuen Reichstag nicht vertreten sein. So von der Konservativen Volkspartei: General von Lettow-Vorbeck, Prof. Dr. Hoetzsch, Dr. Lejeune-Jung, Dr. v. Dryander, Dr. Rademacher. Von der Volkspartei sind Reichsminister a. D. v. Raumer und Dr. Zapf, von der Staatspartei Oberpräsident Siehr, Freiherr Rochus v. Rheinbaben, von der Volksrechtspartei Graf v. Posadowsky und von den Deutschnationalen Dr. Stadler und Gok nicht gewählt worden.

Beginn der deutschen Flottenmanöver.

Berlin, 20. Sept. (A.A.)

Die Manöver der deutschen Flotte haben heute an der norwegischen Küste begonnen.

Deutschland und Rußland.

Berlin, 20. Sept.

Zu den in Genf umlaufenden Gerüchten, daß das Reich sich in feste Bindungen gegenüber Rußland habe einspannen lassen, wird erklärt, daß diese Gerüchte vollständig unbegründet seien, und daß sich das Reich an keiner wie auch immer gearteten Front gegen Sowjetrußland beteiligt, noch an irgend welchen Verhandlungen zur Schaffung einer solchen Front teilgenommen habe.

Aenderungen in Preußen.

Berlin, 20. Sept. (A.A.)

Die Wirtschaftspartei des preußischen Landtags hat die Auflösung des Landtags verlangt.

Politische Wochenschau.

Stambul, 20. September

Die Weltöffentlichkeit steht noch im Bann des Eindrucks, den das Ergebnis der deutschen Wahlen auf sie ausgeübt hat. Es ist wahr, die Wahlen haben in einem für Europa äusserst wichtigen politischen Moment stattgefunden, aber das intensive Interesse, das sich im Ausland an sie heftet, bezeugt noch etwas anderes, denn dies Interesse wird eigentlich nur durch die Stellung erklärt, die Deutschland wieder in der Welt einnimmt. Das Ausland gibt sich begreiflicher Weise wenig mit den feinen, algebraischen Formeln oder einer Art Spectralanalyse ab, die manche Spezialisten dafür anwenden, um die Bedeutung der Wahlziffern und ihre fernere Auswirkung zu errechnen. Das Ausland interessiert sich vor allen Dingen für diese Ziffern insoweit sie das Widerspiegeln, was man den Gemütszustand eines Volkes nennen kann. Dieser Gemütszustand hat bei den ex-Alliierten nicht ganz gleiche Gefühle und Bewertungen ausgelöst. In England ist man etwas unruhig geworden, wenn man auch im allgemeinen der Ansicht zu sein scheint, dass auch bei der neuen Konstellation der Parteien die Grundzüge der Aussenpolitik des deutschen Reiches so ziemlich dieselben bleiben dürften. Anders urteilt man im grossen Ganzen in Frankreich. Dort haben die Ergebnisse der deutschen Wahlen eine Konsternation verursacht, die, wie die „Paris Soir" bemerkt, an Panik grenzt. Die sozialistischen Blätter erklären, dass die Wahlresultate auch die pessimistischesten Erwartungen übertroffen hätten. Die Resultate wären schon deshalb besonders vielsagend, weil sie auf der Plattform des Youngplans vor sich gegangen seien. Die Nationalisten fordern Briands Kopf, da seine Politik die Schuld an der Emanzipierung Deutschlands trage. Eines ihrer Organe „L'Ordre" spricht seine Empörung darüber aus, dass ein Land, das vor elf Jahren niedergerungen wurde, es vermocht hat, zu einem Arbiter des des Weltfriedens zu werden, auf dessen Entscheidungen ein ganzer Kontinent harrt.

* * *

In Frankreich und England geht man im Allgemeinen kaum auf die tieferen Gründe ein, die die Wahlresultate in Deutschland beeinflusst haben. Wohl deshalb, weil dann der Urquell der heutigen Lage der Welt im allgemeinen und Deutschlands im besonderen — die Friedensverträge, als eigenstes Werk der ex-Alliierten — berührt werden müsste. Man scheint sich in England darüber einig zu sein, dass die Wahlen eine Art Verzweiflung des deutschen Volkes widerspiegeln. Dem gegenüber werden die deutschen Wahlresultate in Italien in einem ganz anderen Sinn beurteilt. Man liest dort nicht Verzweiflung und nicht Resignation aus den Wahlresultaten heraus, sondern eine ungeheuere Willensreaktion. Nur die positiven Losungen hätten im Wahlkampf Erfolg gehabt und nur die dynamischen Tendenzen hätten die Massen galvanisiert. Unter diesem Gesichtspunkt wird selbst das Anwachsen der kommunistischen Stimmen als ein Ausdruck der Vitalität betrachtet. Der angewandte Kommunismus würde gewiss Deutschlands Ruin bedeuten. Die jetzige Ablenkung farbloser demokratischer Ideologien zum Kommunismus hin habe nur eine abstrakte Bedeutung, aber diese Bedeutung wäre revolutionär. Ungleich wichtiger als diese negativen Anzeichen einer neuen Willensanspannung wäre das positive Resultat der Wahlen: der formidable Wahlsieg der Nationalsozialisten. Diese Vorgänge erregen nach der Meinung der italienischen Presse deshalb eine so grosse Beunruhigung in Frankreich, weil sie die ungeheuere Reaktionskraft des deutschen Volkes gegenüber den allerungünstigsten wirtschaftlichen, moralischen und historischen Bedingungen beweisen. Jedoch müsse man den in Frankreich erzeugten Alarm nicht überschätzen. Die nationalistische Presse Frankreichs sei froh, einen neuen Vorwand erhalten zu haben, um die „deutsche Gefahr" beson-